

Deutsches Historisches Institut Warschau
Quellen und Studien

Band 43

2024

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Zweierlei Neuanfang
Das Ende des Zweiten Weltkriegs
in West und Ost

Herausgegeben von
Frank-Lothar Kroll und Miloš Řezník

2024

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Gefördert vom Sächsischen Staatsministerium des Innern, mitfinanziert durch
Steuermittel auf Grundlage des durch die Abgeordneten des Sächsischen Landtags
beschlossenen Haushaltes.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <https://dnb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the internet
at <https://dnb.de>.

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter
<https://www.harrassowitz-verlag.de>

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2024
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
für die Einspeicherung in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Druck und Verarbeitung: Memminger MedienCentrum AG
Printed in Germany

ISSN 0947-4226
ISBN 978-3-447-12165-1

eISSN 2751-7586
eISBN 978-3-447-39511-3

Inhalt

Vorwort	VII
---------------	-----

I. Allgemeine Perspektiven

Alfons Söllner Demokratischer Neubeginn? Emigranten beurteilen die westdeutsche Entwicklung nach 1945	3
---	---

Michael Gehler Auf dem Weg nach Kleineuropa. Vorentscheidungen und Weichenstellungen zur Westintegration durch westeuropäische Christdemokraten im Genfer Kreis 1947–1955.....	29
---	----

II. Fallbeispiele und Länderprofile – der Osten: Terror und Widerstand

Ruth Leiserowitz Waldbrüder – der bewaffnete Widerstand in Nachkriegslitauen.....	49
--	----

Maria Axinte “...worse than the pit of hell” Pitesti experiment in Communist Romania.....	61
--	----

Stefan Garsztecki Polen: Zwischen Sowjetisierung und nationaler Selbstbehauptung.....	79
--	----

III. Fallbeispiele und Länderprofile – der Westen: Wiederaufbau zwischen Sozialismus und Demokratie

Barbara Lambauer „Avec ardeur et avec confiance vers l’avenir”: Frankreich 1944–1947.....	95
--	----

Christiane Liermann

Italiens Transformation am Ende des Zweiten Weltkriegs.

Sonderfall unter Sonderfällen? 117

Lothar Höbelt

„Verstaatlichung“ in beiderlei Gestalten: Österreich 1945/46 125

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber 145

Vorwort

Das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 und die daraus resultierenden politisch-territorialen Weiterungen führten im Westen und im Osten des Kontinents bekanntlich zu vollkommen unterschiedlichen Konsequenzen.

Im Westen kam es in allen von Deutschland eroberten und besetzten Ländern zur Wiederherstellung demokratischer Verfassungsordnungen. Vertriebene Monarchen kehrten zurück, exilierte Regierungen nahmen ihre Amtsgeschäfte wieder auf, freie Wahlen führten zur Etablierung parlamentarisch verantwortlicher Kabinette, die sich seit Beginn der 1950er Jahre sukzessive dem Jahrhundertprojekt der europäischen Einigung zu öffnen begannen.

Im Osten hingegen betrieb die sowjetische Siegermacht die Expansion ihres Einflussbereiches bis in die Mitte Europas, verbunden mit einer rücksichtslosen Verbreitung der kommunistischen Ideologie in ihrer menschenfeindlichsten, durch Stalin repräsentierten Variante. Die damit einhergehende Systemtransformation betraf nicht nur den von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands. Der Frost der Sowjetisierung befahl auch alle anderen Staaten der Region – unabhängig von ihrer jeweiligen Einstellung zum nationalsozialistischen Deutschland und zur Sowjetunion in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs. Mittel- und Osteuropa, der Zwangseingliederung in Hitlers rassistisch motiviertes „Weltreich“ gerade erst entkommen, wurden nach 1945 überganglos zur Unterwerfung unter ein kaum weniger barbarisch agierendes System brutalster Fremdherrschaft gezwungen. Mehrheitlich erwünscht oder gar widerspruchslos erduldet wurde diese Bolschewisierung in keinem einzigen der davon betroffenen Länder.

Eine besondere Qualität besaß das Kriegsende im Osten und in der Mitte Europas infolge des dort unmittelbar nach 1945 einsetzenden Vertreibungsgeschehens. Bei den im Gefolge der alliierten Kriegskonferenzen von 1944/45 beschlossenen Maßnahmen ging es um die Austreibung eines Großteils der deutschen Bevölkerung aus ihren jahrhundertlang vertrauten und bewohnten Landschaften. Ausdrücklich gebilligt wurden solche Überlegungen seitens der amerikanischen und der britischen Regierung, namentlich durch den seit Mai 1940 amtierenden britischen Premierminister Winston Churchill, der bis 1944 detaillierte Pläne zu entsprechenden Vertreibungsaktivitäten ausarbeiten ließ. Die Zahl derer, die nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs ihre mittel- und osteuropäische Heimat verloren, wird heute auf etwa 20 Millionen Menschen geschätzt. Etwa 14 Millionen davon waren Deutsche – das entsprach fast der kompletten Einwohnerzahl der DDR im Jahr 1960.

Doch es gab in Ost-, Mittel und Südosteuropa auch andere Minderheiten und Bevölkerungsgruppen, die vom Vertreibungsschicksal betroffen waren – allen voran Ungarn (vertrieben aus der Tschechoslowakei), Italiener (vertrieben aus Jugoslawien), Türken (vertrieben aus Bulgarien und Griechenland), Juden (emigriert ab 1948) und, nicht zuletzt, Polen, die vom Osten Ihres Landes, den die Sowjetunion okkupierte und annektierte, in die von Deutschland abgetrennten Gebiete „repatriert“ wurden, während die Sowjetunion nach wie vor von Zwangsumsiedlungen und Deportationen gekennzeichnet war. Auch weitere Bevölkerungsgruppen außerhalb der Sowjetunion – etwa die Ukrainer/Ruthenen in Polen – erlitten dieses Schicksal. Das einzige Land in der Region, das die in ihm seit vielen Jahrhunderten beheimateten Minderheiten nicht vertrieb, war das damalige Königreich Rumänien. Die von den Grenzverschiebungen und Vertreibungen betroffenen Regionen und Länder erlebten dann eine Phase von Neuansiedlungen unter mühsamer Bildung neuer lokaler und regionaler Gesellschaften.

Der Westen des Kontinents erlebte demgegenüber das Glück einer Wiederherstellung demokratischer Verfassungsverhältnisse und die damit verbundene Bewahrung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung. Beides geschah damals gegen heftige, heute nur allzu leicht vergessene Wühlarbeit der kommunistischen Parteien, besonders in Frankreich und Italien. Und es ging glücklicherweise einher mit einer relativ zügig erfolgenden wirtschaftlichen Erholung, wofür unter anderem das vom US-Außenminister George C. Marshall 1947 initiierte „Europäische Wiederaufbauprogramm“ (Marshall-Plan) verantwortlich zeichnete. Amerikanische Hilfslieferungen von Rohstoffen, Waren und Kapital – teils als Kredite, teils als Zuschüsse gewährt – deckten den finanziellen Bedarf der durch Krieg und Besatzung ausgelaugten Länder und beförderten den Wiederaufbau des verwüsteten Kontinents nachhaltig.

Im Osten Europas hingegen sorgte die Sowjetunion überall für die Installierung stalinistischer Satellitenregime – in Albanien, Bulgarien, Polen und Rumänien ebenso wie in der Tschechoslowakei, in Ungarn und, nicht zuletzt, in dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands. In vielen Regionen des Ostens ging das neue System mit einer teilweise überstürzten industriellen Modernisierung einher, die tiefe strukturelle und soziale Verwerfungen nach sich zog. Nur das Königreich Griechenland entkam nach einem blutig geführten Bürgerkrieg dem Würgegriff der stalinistischen Henker. Die UdSSR ihrerseits hatte 1947 eine Inanspruchnahme der auch ihr und ihren Satellitenstaaten angebotenen Marshallplan-Hilfe als vermeintliches „Instrument des Dollarimperialismus“ kategorisch abgelehnt und Polen und die Tschechoslowakei zum Widerruf ihrer bereits gegebenen Zusagen zur Teilnahme an der Pariser Marshall-Plan-Konferenz im Herbst 1947 gezwungen.

Die Umgestaltung der ostmittel- und südosteuropäischen Länder zu stalinistischen Zwangssystemen vollzog sich in verschiedenen Phasen zwischen 1945 und 1953 etappenweise. Sie erfolgte überall nach einem verwandten und in seiner Aggressivität erstaunlich durchschaubaren Muster. Sie war begleitet von einem auch in der Rückschau unvorstellbar hohen Ausmaß an Gewalt und vollendeter Rücksichtslosigkeit. Und sie unterwarf die dort jeweils lebende Bevölkerung einer nach sowjetischem Vorbild aufgezwungenen neuen Ordnung, die alle Lebensbereiche umfasste und als Gegenmodell zu den im euro-

päischen Westen wiederhergestellten parlamentarischen Demokratien gepriesen wurde. Politischer Pluralismus wurde durch totalitäre Einparteienherrschaft ersetzt, verordnete Konsensszenarien traten an die Stelle zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten. Statt geordneter Rechtsstaatlichkeit herrschte hinfort ideologisch motivierte Willkürjustiz, private Unternehmerinitiative wurde durch staatliches Zwangswirtschaften erstickt, kulturelle Vielfalt und intellektuelle Bandbreite wurden durch die Vorgaben realsozialistischer Kunstdoktrinen beschnitten. Ein ausgeklügeltes Spitzelwesen sorgte – in Verbindung mit einem ausufernden System geheimdienstlicher Kontrolle und Überwachung – für die rigorose Unterdrückung aller oppositionellen Strömungen und Tendenzen. Die verheerenden Folgen dieser über vier Jahrzehnte währenden Zustände belasteten die Entwicklungsdynamik der davon betroffenen Regionen noch lange nach deren Befreiung aus sowjetischer Vormundschaft und wirken bis heute nach.

Diese ebenso komplexe wie hochbrisante Gemengelage im west-östlichen Vergleich in Rechnung stellend, präsentiert dieser Band die Ergebnisse einer internationalen Expertentagung, die vom 7. bis 10. Juni 2021 im Deutschen Historischen Institut Warschau veranstaltet wurde. Referenten und Referentinnen aus Polen, Rumänien, Frankreich, Italien, Österreich und Tschechien bemühten sich um eine möglichst umfassende Inblicknahme der unterschiedlichen Wege und Möglichkeiten zur Bewältigung der Kriegsfolgenlasten diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“. Dabei zeigte sich, dass trotz der vielfach berechtigten Kritik an der einseitigen Ost-West-Perspektive auf die europäische Entwicklung von 1945 – bei der ja auch die teils gravierenden Differenzen innerhalb des Westens und des Ostens nicht selten übersehen werden –, die Teilung des Kontinents entlang des Eisernen Vorhangs in allen politischen, kulturellen und sozialen Bereichen die zentrale Achse der europäischen Geschichte darstellte. Dennoch bildet die Annahme einer bis zum Epochenjahr 1989 vorherrschenden Zweiteilung des Kontinents auch weiterhin einen sinnvollen Ausgangspunkt für Fragen, die auf Vergleich und Verflechtung zwischen „West“ und „Ost“ abzielen.

Die beiden Unterzeichnenden danken dem Sächsischen Staatsministerium des Innern, namentlich Herrn Dr. Jens Baumann, für die großzügige Förderung des Projektes von seiten seines Hauses, sowie den bewährten Mitarbeiterinnen der Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz, Antonia Sophia Baraniuk, Melissa Mehner und Alina-Sinziana Schönfelder, für wertvolle Hilfestellungen und gewohnt sorgfältige Redaktion der Vortragsmanuskripte.

Frank-Lothar Kroll, Chemnitz
Miloš Řezník, Warschau

Februar 2024